

Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenfrei.
Redaktionschluss am 15. jeden Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 80, Rollendorffstr. 18—14.

Fernsprecher: Amt Lützow, 2355.
Sprechstunden: wöchentlich von 9—2 und von 4—7 Uhr.

Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle und durch alle Postämter.
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 10.

Berlin, Oktober 1912.

12. Jahrgang.

Willst selber Freude du im Leben haben,
Mach andern Freude! Bringe Lieb' entgegen
All denen, die mit dir die kurzen Jahre
Das Los der Erdenpilger teilen. Hilfreich, duldjam
Und frohen, hochgemuten Sinns verschöner
Das Leben jedes deiner Weggenossen:
Beglücke und du haust dein eigen Glück!

Ellii Stod.

Die Fair Wages Clause und ihr Wirken und Nichtwirken in England.

Unter den Mitteln, die man in England zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft und besonders der Heimarbeiter vorgeschlagen hat, ragt eines besonders hervor, weil es in großem Umfange angewendet wurde und auch verhältnismäßig einfach und einleuchtend erschien: die Fair Wages Clause. Schon 1891 ging im englischen Parlament eine Resolution durch, daß es die Pflicht der Regierung sei, dafür zu sorgen, daß anständige, oder die üblichen Löhne für die von der Regierung ausgegebene Arbeit gezahlt würden. Den staatlichen Submissionsbedingungen wurde infolge dieser Anregung eine Klausel eingefügt, die die Weitervergebung von Arbeit an Zwischenmeister und die Heimarbeit verbot und den Unternehmern die Verpflichtung auferlegte, gerechte (fair) oder die üblichen Löhne zu zahlen. Die halb sozialistische, halb sozialreformerische „Fabian Society“ machte aus der Verbreitung des Prinzips einen Programmpunkt und erreichte, daß auch eine große Anzahl von Gemeinden die Klausel in ihre Submissionsbedingungen aufnahm.

Schon früher war die Regierung, in Erkenntnis der üblen Zustände in der Bekleidungsindustrie, dazu übergegangen, Uniformen für das Heer in einer eigenen Fabrik in Pemlico herzustellen zu lassen. 1906 waren dort 258 Männer und 3098 Frauen, sowie 23 Heimarbeiterinnen beschäftigt zu Löhnen, die weit über das sonst Übliche hinausragten. In 48stündiger wöchentlicher Arbeitszeit verdiente eine Maschinennäherin 28 *s.*, eine Handnäherin 20 *s.*, eine Arbeiterin an der Knopflochmaschine 30 *s.* Aber die Organisation der Arbeit scheint nicht gut gewesen zu sein; es fehlte an modernen, technischen Einrichtungen und streng durchgeführter Arbeitsleistung. So wurde der Versuch nicht wiederholt. Viel bedeutsamer erschien die Einwirkung auf die an Private ausgegebenen Lieferungen. Wenn es gelang, die Heimarbeit unmöglich zu machen und sie in die Fabriken oder Werkstätten zu verpflanzen, so konnten eine Reihe von Schäden, die häufig mit der Heimarbeit verknüpft sind, beseitigt werden. Die Arbeit geht dann nicht mehr in unhygienischen, überfüllten Wohnstuben vor sich, sondern in guten, hellen Räumen, die der Kontrolle der Fabrikinspektion unterliegen; die Arbeitszeit der Frauen wenigstens ist beschränkt auf das gesetzlich zulässige Maß von 10 Stunden täglich, und die Er-

setzung der Tretramchine durch die elektrisch betriebene verringert die körperliche Anstrengung. Freilich wurde durch diese Bestimmung auch manche fleißige Heimarbeiterin brotlos, deren Heim nicht den traurigen Schilberungen von Schwikhöhlen entsprach, sondern ein sauberer, heller, hygienisch einwandfreier Raum war. Die Arbeiterin fand, durch Haushalt und Kinder an die Wohnung gefesselt, so schnell keinen Ersatz, und man kann im Zweifel sein, ob ein so allgemeines Verbot den wirklichen Bedürfnissen recht angepaßt war.

Aber die Vorschrift wurde auch nicht so streng durchgeführt.

In englischen Blättern tauchten immer wieder Mitteilungen auf, daß weder die Heimarbeit noch das Zwischenmeisterystem bei öffentlichen Arbeiten verschwunden seien, und daß das Schwikhsystem nach wie vor blühe. Die Londoner Heimarbeitsausstellung von 1906 brachte erdrückendes Beweismaterial dafür vor und zeigte die den Heimarbeitern auch für öffentliche Arbeit gezahlten, jammervoll niedrigen Löhne. Wie war das möglich? Die Beschäftigung von Heimarbeitern und das Subkontraktssystem waren eine sichtliche Verletzung des Submissionsvertrages, die deshalb ungestraft blieb, weil es an Aufsicht fehlte. Die Current Wage Clause blieb aus anderen Gründen wirkungslos. Es ist nun zu untersuchen, weshalb das geschah, und unter welchen Bedingungen die Klausel eine volle, segensreiche Wirksamkeit entfalten konnte.

Die englische Regierung hat, bevor sie daran ging, die Lage der Heimarbeiter durch ein Gesetz zu verbessern, das gründlich half, eine große Erhebung gemacht, um über die Lage der Heimarbeiterchaft, die Organisation und die Aussichten der betreffenden Industrien, sowie die Reformvorschlüge Klarheit zu schaffen. Arbeitgeber und Arbeiter (Heimarbeiterinnen), deren Lage so gedrückt war, daß sie, aus Furcht, durch ihre Aussagen die Arbeit zu verlieren, hielten, in dem Protokoll nicht mit Namen genannt zu werden, und nun darin als Mrs. A. B. C. auftreten, Fabrikinspektoren, Gewerkschaftler, Sozialreformer und Zwischenmeister traten in bunter Reihenfolge auf, gaben Auskunft, äußerten ihre Meinung, und entrollen ein lebensvolles Bild aus dem englischen Volksleben. Das Protokoll dieser Enquete ist von der Regierung in zwei stattlichen Bänden herausgegeben und enthält des Interessanten genug für den, der sich die Mühe nimmt, sich durch die Heberfülle von Stoff — 8530 Fragen und Antworten — hindurchzuarbeiten. Freilich sind viele Angaben mit Kritik aufzunehmen, und oft gibt erst das Zeugnis mehrerer Gewährsmänner aus verschiedenen Lagern die notwendige Sicherheit; aber da diese ja nicht fehlen, kann der vorlichtige Leser viel herausholen.

Unter den Befragten war auch ein Schneider, der 20 Jahre lang Submissionsarbeit für Staat und Gemeinde geleistet hatte. Seine Erfahrungen wurden durch die Angaben eines Beamten, der die Ausführung der Fair Wage Clause für die Postaufträge zu beaufsichtigen hatte, bestätigt, und geben einen tiefen Einblick in ihr Wirken. Ich lasse den augenscheinlich hochintelligenten Mann, der

als Gewerkschaftssekretär Einblick in das gesamte Gewerbe gewonnen hatte, möglichst selbst sprechen. Er arbeitete zu jener Zeit in einer Fabrik und erzählt folgendes:

„Weil wir Arbeiter in dem Bekleidungs-gewerbe für die staatlichen und kommunalen Lieferungen so schwach organisiert sind, und eine so große Anzahl von Frauen beschäftigt ist, werden die Löhne ständig herabgedrückt, bis es ganz unmöglich ist, davon zu leben. Ich will Sie nicht mit vielen Zahlen aufhalten, ich will Ihnen nur ein oder zwei Beispiele vorlegen. 1904 wurde für die Anfertigung eines Rhabijackets 2 sh. 7½ d. (gleich 2,62 M) bezahlt. 1907 wurde dieser Lohn auf 1 sh. 5½ d. (1,46 M) herabgesetzt. 1906 wurden für Telegraphenbotenjackets 15 sh. (15 M) pro Duzend bezahlt, jetzt nur noch 10 sh. 2 d. (10,16 M) pro Duzend nach Ablauf des alten Kontrakts. Für Anfertigen von Postzeit-Tuniken, Gemeinbearbeit, wurden 1904 2 sh. 8 d. (2,64 M) bezahlt, in diesem Jahr nur 1 sh. 9 d. (1,72 M). Ich habe dies aus unseren eigenen Büchern.“ „1903 und 1904 — hier ist mein Lohnbuch — betrug mein Lohn 2 £ — 2 £ 9 sh. (40—49 M) durchschnittlich pro Woche bei gewöhnlicher Arbeit. Ich bekam meine 9 sh. (9 M) pro Tag, da ich bei der Firma auf Tagelohn gestellt war. 1906 hatte ich für die Regierung zu arbeiten und verdiente nur 1 £ 0 sh. 10 d. (20,80 M).“

Wie war es möglich, daß zwei so verschiedene Löhne als „üblich“ angesehen und so erhebliche Lohnherabsetzungen vorgenommen werden konnten, ohne daß das Gesetz übertreten, die Klausel gebrochen wurde? Sie hatte eine Fassung, die den eigenartigen Verhältnissen in dem Bekleidungs-gewerbe nicht Rechnung trug. Sie lautet: „Die Löhne für alle Arbeit, die unter dem Kontrakt verrichtet wird, sollen diejenigen sein, die allgemein als üblich in dem Gewerbe für leistungsfähige Arbeiter angesehen werden in dem Distrikt, wo die Arbeit ausgeführt wird.“ In dieser Fassung liegt die Schwierigkeit. Denn ein „üblicher“ Lohn existiert nicht, weil die Arbeiter schlecht organisiert und nicht zu Tarifverträgen gelangt sind. Die größten Verschiedenheiten der Entlohnung können für ein Stück existieren, der Arbeiter kann sich nicht wehren, er müßte denn nachweisen, welches der „übliche Lohn“ ist, und das ist unmöglich, wo keine starke Organisation einen Tarifvertrag, der als Grundlage dienen kann, erreicht hat. Die Post hatte noch 1906 einen Beamten angestellt, der die Durchführung der Lohnklausel beaufsichtigen sollte. Er äußerte sich über diesen Punkt: „Es gibt keinen „üblichen“ Lohn im Bekleidungs-gewerbe; nur in den Gewerben, wo sich die Arbeiter organisieren und Gewerkschaften bilden, gibt es wirklich „übliche“ Löhne. Im Bekleidungs-gewerbe kommt sie (die Klausel) höchstens für die Zuschneider und die Helmarbeiter in Betracht.“ „Die Klausel ist wirkungslos im Falle von ungelernter und unorganisierter Arbeit.“ In einem Memorandum erkennt der Postmaster-General selbst dies an: „Unter den gegenwärtigen Umständen, wo es keine anerkannten Lohnsätze gibt, kann die Fair Wages Clause nicht richtig durchgeführt werden.“ Der Inspektor erklärt weiter: „Ohne Zweifel ist die Arbeit den guten Unternehmern weggenommen und an Leute ausgegeben, die keine so guten Löhne zahlen. Sie bekommen den Kontrakt, weil sie die Preise drücken, und sie drücken die Preise, indem sie die Löhne drücken, denn diese sind das einzige, was sie in den Kontrakten herabsetzen können. Das Postamt gibt ihnen das Tuch; der Unternehmer kann am Tuch nichts verdienen, außer, daß er vielleicht einen kleinen Profit macht, indem er erfahrene Zuschneider verwendet, und so ist das einzige Feld für den Profit der Lohn des Arbeiters.“ Zwei Umstände machen also die Fair Wages Clause in den geschilderten Fällen wirkungslos: der Mangel an Organisation und der Mangel einer festen, in die Submissionsbedingungen eingefügten Lohnskala. Wo aber Organisationen vorhanden waren, war die Klausel durchführbar. Nicht nur hören wir aus den Berichten, daß die Helmarbeiter, die eine gewisse gelernte Teilarbeit ausführen, sondern auch die hochgelernten Zuschneider gute Löhne beziehen, und im Schuhgewerbe er-

klärt der Inspektor ausdrücklich, daß Inspektion unnötig sei; denn „im Schuhgewerbe ist eine sehr starke Organisation, und der Gewerbeverein setzt auch die Bezahlung fest, die für die Helmarbeiter gegeben werden muß.“ „Es ist eine gedruckte Lohn-tafel vorhanden, die angibt, wie hoch die Löhne sein sollen, so daß ich imstande bin, die Löhne zu beaufsichtigen.“

Das ist an und für sich nichts Erstaunliches. Auch ohne die Klausel hätten sich die Arbeiter diese Löhne erungen, und die Klausel konnte hier nur die Löhne befestigen.

Die Inspektion in Gewerben, in denen keine Gewerkschaftslöhne bestehen, hat eine sehr schwierige Stellung. Wie soll sie sagen, wann der Lohn unter den üblichen sinkt, wenn es keinen „üblichen“ Lohn gibt? Wie kann sie den Unternehmer fassen, der die Löhne drückt?

Gleichzeitig hat auch der Arbeiter keine feste Grundlage, auf der er fußen kann, um zu beweisen, daß er unter dem üblichen Lohn bezahlt wird. Da die Begründung jeder Klage nur durch langwierige Untersuchungen erbracht werden kann, fürchtet der Arbeiter, sich zu melden, um nicht die Arbeit dadurch zu verlieren. Was die Inspektion vielleicht verhindern kann, ist, daß die Löhne während der Dauer eines Kontraktes herabgesetzt werden; auch kann sie durch Einsicht in eine große Zahl von Lohnbüchern sich eine gewisse Ansicht darüber bilden, was eine gute, und was eine schlechte, was eine Durchschnitts-Entlohnung ist. Aber dabei hängt dann alles von dem Urteil einer Persönlichkeit ab, und vor allem hat der Arbeiter keine Grundlage für seine Lohnforderungen. „Das ist ganz dem Inspektor überlassen.“ Es ist klar, daß das eine sehr unsichere Basis ist, und die Klausel hat trotz redlicher Bemühung der Aufsichtsorgane, den gerade von dem Inspektor selbst beklagten Missetänden nicht abhelfen können.

Wohl aber ist allem Anschein nach — und hierfür ist das Zeugnis aus dem Munde eines Arbeiterssekretärs wichtig — die Lohnklausel mit Erfolg durchgeführt in den Submissionen, die sich nicht mit einer so allgemeinen Forderung begnügten, sondern einen spezialisierten Tarif aufstellten. So haben der Londoner Grasschaftsrat und einige Gemeinden sehr sorgfältig ausgearbeitete Lohnskalen geschaffen, die nicht nur den für das ganze Stück zu zahlenden Preis angeben, sondern auch die Löhne für die einzelne Teilarbeit, das Steppen, die Handnäherie, das Bügeln usw. feststellen. Keine Abzüge dürfen für Fournituren gemacht werden; die Arbeitszeiten sind bei den Zuschneidern auf 50 Stunden, bei allen anderen Arbeitern auf höchstens 54½ Stunden wöchentlich festgelegt. Den Zuschneidern wird ein Mindestlohn von 42 M gesichert. In 108 Positionen sind die Stücklöhne genau fixiert. Diese Lohnlisten müssen in jedem Raum aushängen, wo Arbeiter mit den betreffenden Arbeiten beschäftigt werden, so daß jeder genau weiß, was er zu verlangen hat. Der Erfolg? Lassen wir wieder den Arbeiter selbst sprechen! Auf die Frage, ob nach seiner Erfahrung die Löhne auch wirklich bezahlt werden, kann er mit einem runden „Ja“ antworten. „Der Arbeiter sieht den Lohn, und der Unternehmer weiß, daß er zur Vermeidung von Strafe (dafür ist ja ein Inspektor da!) den Preis zu zahlen hat, und wenn er ihn nicht zahlte, würden die Arbeitnehmer draußen bräuer reden, oder die Gewerkschaft nimmt die Sache auf. Außerdem muß der Lohn in das Buch des Arbeiters eingetragen werden; infolgedessen sind wir sicher, daß der Lohn bezahlt wird.“ „Das ist ein Beweis dafür, daß ein Mindestlohn festgesetzt werden kann in unserer Arbeit, und das ist die einzige Lösung.“ „Wenn der Unternehmer sich um den Kontrakt bemüht, zieht er bei seiner Berechnung in Betracht, daß dieser festgesetzte Lohn bezahlt werden muß, gerade so, wie er Stoff zu so und soviel pro Yard in Rechnung setzt. So sind wir geschützt.“ „Die Arbeiter sind geschützt.“ „Um die Fair Wages Clause auch für die Regierungsaufträge fruchtbar zu machen, gibt es nur ein Mittel; es würde ein Vorteil für den anständigen Arbeitgeber, wie für den Arbeitnehmer sein, wenn eine feste Lohnliste (Tarif) aufgestellt würde.“

Wie groß der Unterschied der Bezahlung von Arbeit für den Londoner Grasschaftsrat und für andere öffentliche Arbeitgeber je nach Fassung der Klausel ist, geht aus folgender Mitteilung hervor. Der schon oben zitierte Schneider erzählt: „Ich habe Trambahn-Mäntel für Westham, einen der gutgeregelten Bezirke, gemacht. Sie sind ganz gleich und leichter zu machen, als die Trambahn-Mäntel für andere Gemeinden, und der Unterschied der Bezahlung ist dieser: Wir erhalten 6 M für einen Mantel, wenn wir für die Westhamer Gesellschaft arbeiten; aber wir bekommen nur $2\frac{1}{2}$ —3 M , wenn wir die gewöhnlichen Trambahn-Mäntel für die Gemeinde machen, wo der Mindestlohn nicht festgelegt ist.“ Man denke, ein Lohnunterschied von mehr als 100 Prozent!

Leider hat die sonst so erfreuliche Maßnahme auch eine Rehrseite, für die allerdings der Londoner Grasschaftsrat nicht verantwortlich gemacht werden kann, eine Rehrseite, die aber zeigt, wie notwendig ein gemeinsames und gleiches Vorgehen ist. Schon früher wurde von Fällen berichtet, wo gewissenlose Unternehmer zwar den Arbeitern den festgelegten Lohn zahlten, aber nur unter der Bedingung, daß sie andere Arbeit zu einem ungewöhnlich niedrigen Satz tun sollten, so daß der Durchschnittslohn nicht stieg. Sowohl der in der Enquete befragte Arbeitersekretär, als auch der Inspektor des Postamtes bezeugen, daß das eine nicht selten geübte Praxis ist. Die Arbeit, die unter festgesetzten Lohnlitten angefertigt wird, macht nur einen kleinen Teil der gesamten öffentlichen Lieferungen aus, und die Aufträge der großen Eisenbahngesellschaften, des Kriegs- und Marineministeriums, der Post usw., sind natürlich viel umfangreicher. So erhalten die Arbeiter vielfach einen kleinen Prozentsatz gut und eine große Menge niedrig entlohnter Arbeit, und so bezahlt der Grasschaftsrat, ohne es verhindern zu können, dafür, daß Schwikarbeit getan wird. Diese Erfahrung führt den Arbeitersekretär zu der Forderung von Lohnämtern für das gesamte Gewerbe; denn auch, wenn alle öffentliche Arbeit in der Weise des Londoner Grasschaftsrates geordnet würde, bestände doch die Gefahr, daß den Arbeitern zwar diese Arbeit gut und anständig bezahlt würde, dafür aber Aufträge für Private, die auch von denselben Firmen übernommen würden, um so geringer. „Es wird nur der Rand gestreift.“ „Nur die Regelung des ganzen Gewerbes ist eine voll befriedigende Lösung.“

Wie steht es bei uns mit den Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Submissionen? Als ich vor zwei Jahren Sekretärin des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen in Frankfurt a. M. war, kam eines Tages eine ältere Arbeiterin zu mir und beklagte sich bitter, daß ihre Firma, für die sie seit 15 Jahren eine bestimmte Art Krankenhauskleider lieferte, diesmal nicht den Zuschlag von der Stadt erhalten habe. Um der Frau, die darin eine gut entlohnte Arbeit für einen großen Teil des Jahres gefunden hatte, zu helfen, erkundete ich die Firma, die den Auftrag bekommen hatte, und erfuhr gleichzeitig, daß es geschehen sei, weil sie 1 M pro Kleid weniger verlangt habe. Ich ging nun mit der Arbeiterin in dieses Geschäft, um ihr womöglich dort Arbeit zu verschaffen. Es wurde ihr für dieselbe Arbeit, für die sie sonst 3 M und 10 Pf. extra für Journituren erhalten hatte, 1,10 M , und auf meine Vorstellungen 1,20 M angeboten. Sie hätte zwar die Kleider zugeschnitten erhalten und durfte an Stelle von Handknopflöchern Maschinennopflöcher machen, sonst handelte es sich um genau dasselbe Stück. Unser Mitglied hatte in diesem Falle so viel Rückgrat, die Arbeit abzulehnen, für die sie durch unsere Arbeitsvermittlung bald Ersatz fand. In diesem Falle hatte die Sache ein erfreuliches Nachspiel. Sie gelangte vor die Anstalts-Deputation, die die Aufsicht über die Krankenhausverwaltungen hat, und von dieser wurde beschlossen, künftig die von der Betriebswerkstätte der Heimarbeiterinnen aufgestellten, sehr guten Löhne als grundlegend anzusehen und den Unternehmern zur Bedingung bei Submissionen zu machen. Was aber nicht minder wichtig ist: der Betriebswerkstätte soll in Zukunft die Beaufsichtigung hierüber zustehen! Da-

mit ist in Frankfurt derartigen Unterbietungen und Lohn-drückereien ein Riegel vorgezogen. Aber auch wenn das gute Beispiel einer aufgeklärten und sozial denkenden Stadtverwaltung (auch das Armenamt gibt einen großen Teil seines Bedarfs zu sehr guten Löhnen, und zwar direkt an Heimarbeiterinnen aus) überall Nachahmung fände — auch das „berührt nur den Rand“. Die volle Lösung liegt in einer allgemeinen Regelung des ganzen Gewerbes. In England hat man diese Konsequenz gezogen: Das Herrenkleidergewerbe ist geregelt und allen Arbeitern ein Mindestlohn garantiert. Und bei uns?

Räthe Gaebel.

Berufliche Rundschau.

Erhebungen zur Durchführung des Hausarbeitgesetzes.

Wie unsere Mitglieder wissen, soll der Zeitpunkt, an dem die Paragraphen 3 und 4 des Hausarbeitgesetzes (Aushängen von Lohnzetteln und Führung von Lohnbüchern betreffend) in Kraft treten, erst durch den Bundesrat bestimmt werden. Bezüglich der Durchführbarkeit dieser so wichtigen Paragraphen finden jetzt andauernd Erhebungen und Beratungen statt. So haben im August die Geheimen Regierungsräte Dr. Lehmann und Siegart aus dem Reichsamt des Innern sich im Gebiete der thüringischen Hausindustrien aufgehalten, um sich über die Verhältnisse der Wirkwarenindustrie in Apolda und der Glasinstrumentenbranche in Jena zu unterrichten. Mit Fabrikanten, Meistern und Hausarbeitern wurden Verhandlungen geführt, um zu einer völlig klaren Uebersicht über die herrschenden Zustände zu gelangen. Außer den Fabriken wurden auch Wohnungen der Hausarbeiter aufgesucht, um ein Urteil über die „Heimwerkstätten“ zu bekommen. Ebenso wurden Vertreter der dort bestehenden Organisationen zugezogen, um ihre Wünsche vorzubringen.

Was haben wir daraus zu lernen? Daß es brennend notwendig ist, gerade jetzt mit unserer Organisation überall vorzudringen, damit auch die Heimarbeiterinnen gehört werden, wo immer Erhebungen stattfinden! Unorganisiert sind keine brauchbaren Auskunftspersonen, weil sie — leider Gottes — viel zu wenig über Berufsfragen nachgedacht haben, völlig ungeschult im Ausdruck und — in der Regel ungemein ängstlich und beeinflussbar sind. Da die Erhebungen der Behörden auch die Gewährung von Ausnahmen für bestimmte Industriezweige zur Folge haben können, ist es dringend nötig, daß urteilsfähige, rückgratfeste Persönlichkeiten überall als Auskunftspersonen vorhanden sind, um unter Umständen Einwände von seiten der Unternehmer widerlegen zu können. Von den Regierungsvertretern wurde auch die Frage der Errichtung von Fachauschüssen, die der § 18 des Hausarbeitgesetzes durch Bundesratsverordnung bringen kann, besprochen. Ein Grund mehr für uns, zu rufen: hinein in die Organisation, damit wir überall mitwirken können bei der Durchführung der Hausarbeitgesetzgebung!

Die Frau als Handwerkerin. Vor der Prüfungskommission der Göttinger Schneider-Zunftung hat Anfang September, nach zweijähriger Ausbildung im Schneidergewerbe, ein sechzehn Jahre altes Lehnmädchen die Gesellenprüfung abgelegt und sie mit dem Prädikat „gut“ bestanden. Sie ist der erste weibliche geprüfte Schneidergefelle.

Aus der Birminghamer Heimarbeit. Ein trauriges Gemälde entrollt der Amerikaner Hermann Schaffauer, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Heimarbeiterverhältnisse in den großen Industriezentren Englands genauer zu studieren, von dem, was er gesehen und gehört hat. Erfreulich waren die Zustände nirgends, überall fand er viel Not infolge jämmerlicher Löhne trotz 12- und mehrstündiger Arbeitszeit, aber das größte Elend fand er doch bei den Birminghamer Heimarbeiterinnen, vornehmlich bei solchen, welche Hasen und Hasen oder Knöpfe aufnähen. Schon die Wohnungsverhältnisse dieser Armen erschienen ihm höchst bedauerlich, denn sie wohnen meistens in jenen abscheulichen schmalen Höfen (Courts), zu denen von der eigentlichen Straße nur dunkle, enge Zugänge führen, die man kaum zu betreten wagt. Auch in London kann man diese Art zu wohnen in den Armenvierteln der großen Metropole häufig genug sehen. Aber jene Birminghamer Courts scheinen beinahe noch schlimmer als diese zu sein, denn Dr. Schaffauer schreibt von ihnen wörtlich:

„Ich fühlte mich plötzlich in eine Zeit vollkommener Wildheit versetzt, in der primitives Leben den grimmigsten Krieg mit Hunger, Schmutz und Krankheit führt, oder vielmehr, in der es schon aufgehört hat, damit zu kämpfen, weil es längst daran genöhrt ist von der Wiege bis zum Grabe. Menschliche

Wesen existierten hier, die sich, so hätte man denken können, unter einem gewissen wohl ausgeklügelten System von Befristungstortur befanden, anstatt einfach das Erzeugnis des industriellen Lebens zu sein in einer reichen und in mancher Hinsicht fortschreitenden Großstadt. In den Eingängen zu den einzelnen Wohnräumen, die häufig zum Kochen, Arbeiten und Schlafen zugleich dienen, saßen Weiber in Lumpen mit triefenden Augen und verfilztem Haar, das ihnen ins Gesicht hing, die roten, sehnigen Arme bloß, die Füße in plumpen, zerrissenen Stiefeln. Um sie herum kroch oder tummelte sich ihre Nachkommenschaft, die Zielzuvielen ohne Hoffnung für das Leben als auf ein künftiges Glend. Viele von ihnen waren nackt wie die Babys in einem Zuluskral, und wenn ich einige leidlich kramme Durften unter ihnen entdeckte, hatten doch die meisten den Kopf voller Grund, oder schlimme Augen. Einige wenige von diesen Frauen hielten ihre Wohnung rein, aber bei der Mehrzahl lag dicker Schmutz, besonders auch auf den Fluren, während die Wände voller Schimmel und die Tapeten zerrissen waren. Wohin ich mich wandte, überall dieselbe Erscheinung furchbarer, hoffnungsloser Armut in diesen elenden Stütten.

Freilich kann man nichts anderes erwarten bei der jämmerlichen Bezahlung, die sie für ihre Arbeit erhalten. Da sitzt nun so ein armes Weib mit ihren Kindern um den Tisch. Große Tassen schwarzer oder blanker Kafes und Dosen liegen vor ihnen, daneben ein hoher Stapel von Karten, auf welche jene dudenweise aufzunähen sind, und nun nähen und nähen sie von früh bis spät, die Mutter und die Kinder, 12 Stunden pro Tag, und was haben sie dann am Ende der Woche verdient? Vielleicht 3-4 *M.*, wobei aber noch der Zwirn geliefert werden muß! Das sind doch wahrhaft traurige Zustände! Dabei sagte noch eine jener armen Frauen: „Wir dürfen uns nicht einmal beklagen, denn es ist nur wenig Arbeit da, und viele würden sie sofort übernehmen, wenn wir sie aufgeben, und wenn der Inspektor meine jüngste Tochter dabei treffen würde, daß sie mir hilft, müßte ich noch Strafe zahlen.“ Das ist natürlich richtig, denn es gibt auch in England ein Verbot der Kinderarbeit bis zum 13. oder 14. Jahre, aber wenn die armen Frauen die Hilfe ihrer Kinder entbehren müssen, verdienen sie noch weniger, und die Familie muß noch entschlicher dardem.“

Alles in allem urteilt der Verfasser jener Artikel über das, was er in Birmingham wahrnahm, er habe in aller Welt schauerlicheres genug gesehen, aber niemals bisher sei ihm etwas so Brutales und Erschreckendes entgegengetreten wie dort, und man vergesse nicht, Birmingham liegt im Herzen des reichen Englands und ist diejenige Stadt, die ein anderer amerikanischer Besucher unlängst für die bestverwaltete Stadt der Welt erklärte!

Kann die Christlich-nationale Arbeiterchaft für die Errichtung von Landkrankenaffen eintreten?

Bekanntlich verschwinden ab 1. Januar 1914 die bisherigen Gemeindekrankenaffen. Durch die neue Reichsversicherungsordnung werden von diesem Zeitpunkt ab ungefahr 7 Millionen Neuversicherte in die Krankenversicherung einbezogen. Es sind dies hauptsächlich land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, die in der *P a u s i n d u s t r i e* und im Handgewerbe Beschäftigten und die Diensthöten. Für diese Neuversicherten soll die Errichtung von sogenannten Landkrankenaffen, welche die *R.-B.-D.* in gewissen Fällen vorsieht, in Frage kommen. Sie können im Bezirke eines jeden Versicherungsamtes neben den allgemeinen Ortskrankenaffen errichtet werden, wenn nicht die Landeszentralbehörde diese Klassenart ablehnt oder das Versicherungsamt kein Bedürfnis dafür anerkennt. Die Bundesstaaten Sachsen, Baden, Württemberg, sowie auch Elsaß-Lothringen lehnen fast gänzlich durch ihre Ausführungsbestimmungen die Zulassung von Landkrankenaffen, und zwar von vornherein, ab.

Die zuständigen preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Forsten und Domänen allerdings betonen in einem jüngst herausgegebenen Erlasse an die nachgeordneten Behörden, daß die Einführung von Landkrankenaffen überall dort erfolgen soll, wo die Eigenart der Verhältnisse es rätlich erscheinen läßt. Die Landkrankenaffen sollen den Neuversicherten die Gewähr bieten, daß sie nicht von ihren städtischen Kollegen in den Ortskrankenaffen mit ihrem Einfluß zurückgedrängt werden. Ferner ist die preussische Regierung sehr darum besorgt, daß die Neuversicherten nicht reif für die Verwaltung ihrer Klasse sind. Und drittens will man die sozialdemokratische Wahlagitator aus diesen Bevölkerungsklassen fernhalten. Aus dem Grunde ist den Versicherten in den Landkrankenaffen das Wahlrecht zum Krankenkassenaus- schuß und Vorstand nicht gegeben. Dieses wird vielmehr von

den Vertretungen der Gemeindeverbände ausgeübt. Das ist zweifellos ein erheblicher Mangel. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß in der Regel die Klassen mit Selbstverwaltung ganz naturgemäß das größte Interesse der Beteiligten erwecken und damit auch ihren gesunden Ausbau und Fortschritt garantieren. Die *R.-B.-D.* behandelt aber auch noch bezüglich der Leistungen die Landkrankenaffen gegenüber den Ortskrankenaffen unterschiedlich. Die Leistungen sind geringer und können sogar unter die Regelleistungen herabgesetzt werden. Wenn sie trotzdem leistungsunfähig werden, sollen die Gemeinden mit Beihilfen bespringen. Ohne Zweifel rechneten die Gesetzgeber schon mit solchen Eventualitäten, weil in manchen Landklassen der Personenkreis ein zu kleiner werden wird, da ja die schon vielfach jetzt in den Ortsklassen versicherten obengenannten Arbeiterkategorien laut Ortsstatut versichert sind, sich dann der Landklasse nicht anzuschließen brauchen und dieses auch natürlich nicht tun werden. Ferner stellen die Hausgewerbetreibenden und Diensthöten keineswegs die guten Risiken dar, die man hier und da annimmt, das Umgekehrte könnte nachgewiesen werden. Zu erwarten sind in den Fällen, wo beide Klassenarten nebeneinander eingeführt werden, auch die Grenzstreitigkeiten über die Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiterkategorien, z. B. ob „gewerbliche Diensthöten“ oder nicht usw. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß durch die Errichtung von zweierlei Klassen ganz naturgemäß auch die Verwaltungskosten sich steigern, die doch eigentlich besser für die Versicherten verwendet werden könnten, so erscheinen, vom verwaltungstechnischen, finanziellen und moralisch-rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, bei den Landkrankenaffen der Nachteile so viele, daß die Einführungsbegründung der preussischen Minister als nicht stichhaltig erscheint. Der Einwand, daß die Neuversicherten nicht eine genügende Vertretung bekommen, ist doch hinfällig, da ja das Proportionalwahlssystem bei allen aus der *R.-B.-D.* resultierenden Wahlen vorgesehen ist. Sozialistische Strömungen aber hält man auf die Dauer nicht dadurch von den Neuversicherten ab, daß man ihnen Rechte vorenthält, die ihre Ständesgenossen aus anderen Berufen bereits besitzen. Genau das Gegenteil könnte unter Umständen bei den Neuversicherten ausgelöst werden, wenn es ihnen eines Tages bewußt wird, oder von den Sozialdemokraten zum Bewußtsein gebracht wird, daß sie auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens gewissermaßen minderen Rechtes sind. Darum erscheint es viel richtiger und zweckmäßiger, überall dort, wo bereits Ortskrankenaffen bestehen, oder wo irgendwie Industriebevölkerung mit in Frage kommt, auf die Errichtung von Landkrankenaffen zu verzichten. Damit kommen wir auch dem Geiste der *R.-B.-D.* entgegen, weil die angestrebte Zentralisation dadurch gefördert wird.

Aus anderen Verbänden.

Der Zentralverein für Arbeiterinnen-Interessen veranstaltet im November d. J. im Deutschen Frauenklub, Kürfürstenstr. 88, einen Vortragszyklus über „Arbeiterorganisation und Arbeiterversicherung“. Bekannte Führer und Führerinnen der verschiedenen Organisationen haben freundlichst ihre Mitwirkung zugesagt. Es werden sprechen: Am 4. November Herr Verbandsvorsitzender Hartmann über die *S i e s i c h - L a n d e r s c h e n* Gewerkschaften; am 6. November Herr Stadtverordneter Sassenbach über die Freien Gewerkschaften; am 11. November Herr Reichstagsabgeordneter Giesberts über die Christlichen Gewerkschaften; am 13. November Fräulein Margarete Behm, Fräulein von Feldmann und Fräulein von Schalscha über Arbeiterinnen-Organisationen; am 18. und 25. November Fräulein Dr. Margarete Bernhardt über Arbeiterversicherung. Es dürfte für alle, die in sozialer Arbeit stehen, von Interesse sein, die Geschichte und Entwicklung der großen Arbeiterverbände in Deutschland durch die sachverständige Darlegung ihrer berufenen Vertreter kennen zu lernen und in das schwierige Problem des Versicherungswesens, das durch die Reform der Reichsversicherung noch an Bedeutung gewonnen hat, einzubringen. Der Zyklus ist als Einführung in die zwei wichtigsten Gebiete der Arbeiterfrage gedacht und soll dazu beitragen, das Verständnis für die Interessen der Arbeiterschaft und für ihre Bedeutung im öffentlichen Leben zu vertiefen. Inklusstarten zu allen 6 Vorträgen 4 *M.*, für Mitglieder 3 *M.*, Einzelkarten 1 *M.*, erhältlich bei Fräulein Margarete Friedenthal, W. 35, Derfflingerstraße 17.

Berufswahl und Berufsstellenvermittlung. Es ist eine ebenso belangreiche wie bekannte Tatsache, daß heute für die zur Schulentlassung kommende Jugend eine wohlüberlegte Berufswahl so ziemlich ein Ding der Unmöglichkeit ist, zum mindesten für die Mehrzahl der Kinder. Die natürlichen Berater, die Eltern, sind selten in der Lage, die Berufsaussichten und

Anforderungen zu übersehen und ihre Kinder einem ihrer Entwicklung entsprechenden Berufe zuzuführen, der ihnen auch in wirtschaftlicher Beziehung die Gewähr für ein gutes Fortkommen im Leben bietet. Meist sind Zufall, Neigungen oder Launen des Kindes allein ausschlaggebend an diesem so wichtigen, und für das ganze spätere Leben entscheidenden Wendepunkt im Dasein des Kindes. Besonders in den Städten will die Klage nicht verkümmern über den Mangel an geeignetem Nachwuchs in den gelehrten Berufen. Von Jahr zu Jahr schwillt das Heer der Jugendlichen an, die — angezogen durch die Aussicht auf ein größeres Maß von Freiheit und einem baldigen Erwerb — den ungelerten Berufen zufließen. Die vielen Nachteile, die eine solche Wahl den Jugendlichen später bringt, der harte Kampf ums Dasein, den der erwachsene und besonders der alternde ungelerte Arbeiter zu führen hat, das Elend, dem er blindlings selbst in die Arme rennt, sind Dinge, die der aus der Schule entlassene junge Mensch, vor dem sich das Leben wie eine weite, unendliche Fläche dehnt, nicht sieht und, wenn wir nicht zu viel von ihm verlangen wollen, auch nicht sehen kann. Darum brauchen wir Berufsberater, die die Jugend und die Eltern bei der Berufswahl mit unparteiischem und sachverständigen Rate unterstützen. Die Berufsberatung wieder muß ihre Ergänzung finden in der Vermittlung des gewählten Berufs, also in der Lehrstellenvermittlung. Zur Ausübung dieser doppelten Tätigkeit, der beraten wie der vermitteln, hat der Verband Märktischer Arbeitsschweizer, eine Vereinigung der öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise der Provinz Brandenburg, im Verein mit den Handwerkskammern Berlin und Frankfurt a. O. die Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung ins Leben gerufen. Die Vermittlungstätigkeit soll Knaben und Mädchen erfassen und sich in erster Linie auf Groß-Berlin erstrecken, doch ist von vornherein auch daran gedacht, die Provinz zu erfassen. Dies soll in der Weise geschehen, daß diejenigen kommunalen Arbeitsnachweise in der Provinz, die selbst Lehrstellen vermitteln, der Zentralstelle in Berlin solche Lehrstellen mitteilen, für die sich dort geeignete Bewerber nicht gemeldet haben, die also nicht besetzt werden konnten. Für solche Stellen will die Zentralstelle aus der Zahl der bei ihr vorgemerkten Lehrstellenjuchenden, die auch nach auswärts gehen, die Vermittlung übernehmen; sie hofft durch diese Unterstützung der kommunalen Arbeitsnachweise in der Provinz den Lehrlingsmangel in der Provinz abzuwehren und einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Überall dort aber, wo kommunale Arbeitsnachweise nicht bestehen, wird die Zentralstelle die Organisation besonderer Ausschüsse für die Lehrstellenvermittlung, bestehend aus Vertretern der Lehrerschaft und des Handwerks unter Vorsitz eines Gemeindevorstandsmitgliedes, anregen. Die Mitwirkung der Schule ist für die neue Institution eine Hauptbedingung; die Lehrerschaft hat sich bereit erklärt, tatkräftig mitzuwirken. Die Zentralstelle hat sich ferner an die Magistrate (Schuldeputationen) und Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins gewandt, damit von den jetzt zur Entlassung kommenden Schülern der Gemeinde- und Hilfsklassen Anmeldebögen in der Schule unter Anleitung der Lehrerschaft ausgefüllt und dann mit Zustimmung der Eltern an die Zentralstelle abgegeben werden. Mit Hilfe dieser Anmeldebögen wird die Zentralstelle von den Vätern der Schüler und Eltern, den in Aussicht genommenen Berufs betreuend, unterrichtet; sie wird dann Schüler und Eltern zum Besuche der Zentralstelle einladen und so ihre beratende und vermittelnde Tätigkeit aufnehmen. Eine Reihe von Schuldeputationen hat die nachgesuchte Zustimmung bereits erteilt, so daß die Zentralstelle schon bei der bevorstehenden Schulentlassung zum Michaelistermin mit ihrer Tätigkeit einsehen kann. Die Zentralstelle ist eine rein gemeinnützige Einrichtung, die weder von Lehrherren noch von Lehrstellenjuchenden irgendwelche Vermittlungsgebühren erhebt. Arbeitgeber, die eine Lehrstelle in ihrem Betriebe besetzen wollen — auch solche in Provinzorten, wo zurzeit noch kein kommunaler Arbeitsnachweis mit Lehrstellenvermittlung besteht — können sich schon jetzt an die Zentralstelle mit der Angabe der freien Stellen und der näheren Bedingungen (Lohnzeit usw.) persönlich oder schriftlich wenden; ebenso können Lehrstellenjuchende sich bereits jetzt für Lehrstellen vormerken lassen. Das Bureau der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung befindet sich in Berlin SO 16, Am Köpenicker Park 8, im Gebäude der Landesberufsstellenanstalt Berlin. Geschäftsstunden sind in den Monaten Februar, März, April, August, September und Oktober an den Wochentagen von 8—12 und 4—7 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10—1 Uhr; in den übrigen Monaten ist die Zentralstelle werktätig von 8—3 Uhr geöffnet.

Im Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911 hat die gegnerische Presse in sehr verschiedener Weise

Stellung genommen. Einige sozialdemokratische Blätter haben eine ernste sachliche Kritik daran geübt, andere, und das ist die Mehrzahl, sind der Regel treu geblieben und haben nur blindlings verkleinert und heruntergerissen. Der „Vorwärts“ hat den leitenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften — wider Willen natürlich — ein besonderes Kompliment gemacht mit der Behauptung, der prinzipielle Teil des Jahresberichts der christlichen Gewerkschaften sei so geschickt abgefaßt, daß ihn keine Arbeiter, sondern andere Kreise geschrieben haben müßten. Das letztere ist natürlich nicht der Fall. Kein außerhalb der christlichen Gewerkschaften Stehender hat den Jahresbericht vor der Veröffentlichung gesehen noch sonstwie im geringsten auf dessen Form oder Inhalt eingewirkt. — Andere sozialdemokratische Blätter bestreiten die im Jahresbericht angeführten Mitgliederziffern und wollen überhaupt den christlichen Gewerkschaften jegliche Bedeutung absprechen. Demgegenüber verlohnt sich in die Erinnerung zurückzurufen, wie das sozialdemokratische Zentralorgan („Vorwärts“, Nr. 170, 1909) bereits vor drei Jahren über die christlichen Gewerkschaften geurteilt hat. In einem Rückblick auf den letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Köln gestand der „Vorwärts“ ein, daß die christlichen Gewerkschaften Erfolge erzielt hätten, mehr als die Gegner gedacht hätten:

... sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Berufen einen ansehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationen dort wohl oder übel rechnen müssen; ihre Verbände sind — wozu ihnen das Muster und die Erfahrung auf unserer Seite gute Dienste geleistet haben — im Aufbau und den Finanzen leidlich in Ordnung, und die beamteten Personen beweisen meist das erforderliche Geschick in der Leitung und Verwaltung ihrer Verbände. Es wäre ungerecht und verfehlt, das zu verkennen. Nicht nur beherrscht die Leitung die organisatorische Technik, sondern die einzelnen Redner wissen auch in der Form wie in der Sache ihre Gedanken meist wirksam zu vertreten. An der Anerkennung dieser Tatsache soll man sich nicht mit der ungebührlichen Hervorhebung dieser oder jener Nebenerscheinung vorbeibrücken. Das wäre wie gesagt nicht nur ungerecht, sondern auch in denjenigen Gegenden, wo die Christlichen von Einfluß sind, gefährlich.

Seit der Zeit, wo der „Vorwärts“ dieses schrieb, haben die christlichen Gewerkschaften um weitere 70 000 Mitglieder zugenommen, ihr Einfluß ist mithin noch bedeutend gestiegen.

Der christliche Schneiderverband veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1911. Aus demselben geht hervor, daß die Mitgliederzahl um 526 gestiegen ist und am Jahresluß 4488 betrug. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr um 11 764 Mark gestiegen und betrugen 81 966 M. Die Ausgaben betrugen 78 882 M, 14 059 M mehr als im Vorjahr. 81 Prozent der Mehrausgaben entfielen auf Unterstützungen. Für Streiks und Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahre 19 988 M (gegen 10 498 M im Vorjahre) aufgewendet. Die übrigen Unterstützungsbezüge erforderten 7992 M, das sind 1938 M mehr als in 1910. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluß des Berichtsjahres 39 888 M.

Aus unserer Bewegung.

Hauptkassenprüfung. Bei der heute stattgehabten Prüfung der Hauptkasse des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterrinnen Deutschlands sind Bestände und Belege geprüft und richtig befunden worden.

Die Summe des Gesamtbestandes beläuft sich auf **36 347,83 Mark.**

Berlin, den 5. August 1912.

Margarete Behm, Hauptvorsitzende.
Emilie Weisler, Therese Winkelmann,
Rechnungsprüferinnen.
Margarete Wolff, Protokollführerin.

Hauptvorstand. Die August-Sitzung wurde in Abwesenheit unserer Hauptvorsitzenden von Frä. Samm geleitet. Zunächst wurde die Möglichkeit besprochen, aus den von den verschiedenen Bundesstaaten zur Erleichterung der Durchführung des Hausarbeitgesetzes bewilligten Mitteln Zuschüsse für besondere Notfälle beantragen zu können. Dann wurde auf die Wichtigkeit der Arbeitervertreterwahlen hingewiesen und zu reger Beteiligung seitens unserer Gruppen aufgefordert. Einen breiten Raum nahm die Besprechung der zum Verbandstag eingegangenen Anträge ein. Manç einer gab wertvolle Anregung, andere erwiesen sich als nicht durchführbar. Immerhin hilft alle diese Vorarbeit für Hauptvorstand wie Gruppen schon immer zur Aufklärung darüber, was möglich oder undurchführbar ist. Die von der Hauptkasse als Sympathiebeweis für die Hinterbliebenen der auf Jede Vothrungen verunglückten

Bergleute abgehandten 100 % wurden einstimmig gutgeheißen. Alle Gruppen wurden aufgefordert, der Hauptgeschäftsstelle evangelische Blätter aller Parteirichtungen zu melden, die bereit sein würden, Nachrichten über die christlich-nationale Arbeiterbewegung aufzunehmen. Erfreut wurde begrüßt, daß in das zu bildende Kuratorium einer Berliner Fortbildungsschule Mitglieder unseres Gewerkevereins gewünscht werden. Auf diesem Gebiete ist allseitige Beteiligung anzustreben. Ferner wurde angeregt, die Kinder unserer Mitglieder noch mehr als bisher Sonntags zu gemeinschaftlichen Spielen und Ausflügen zu sammeln. Erneut wird an die Zustellung der Angaben über die Hochsaison der verschiedenen Heimarbeitbranchen unserer Gruppen erinnert. Nachdem noch einige geschäftliche Angebote erledigt waren, wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

Altersheim für Heimarbeiterinnen. In der Augustnummer unseres Blattes konnten wir berichten, daß der Fonds auf 5302,24 M. angewachsen sei. Neubinzugekommen sind seitdem: Gerold-Prozente 20,65 M., Verlosung (angeregt durch Frl. Steffed) 233,35 M., v. R. 0,50 M., Charlottenburg: Versammlung 4 M., Geunden 0,15 M., Fr. Burckhardt-Godesberg 10 M., Einfanzprote (Streichhölzer usw.) 10,30 M., Neufölln: Sommerausflug 3,05 M., Gerold-Prozente 14,10 M., München: Öffentliche Versammlung 4 M., so daß die Gesamtsumme zurzeit 5602,34 Mark beträgt.

Berlin - Nord. Unsere Juli-Versammlung brachte uns allerlei Schönes. Unser rühriger Vorstand hatte für uns Berliner geforgt und versucht, in die sauren Wochen der Arbeit Tätigkeits hineinzuzaubern. Da gab es zwei Führungen durch Arbeiterinnenheime und eine Einladung nach Potsdam zu dem historischen Festspiel „Der Herr der Erde“. Im Vordergrund der Versammlung stand aber natürlich die Pflicht: unsere Gedanken beschäftigten sich mit Anträgen zum Verbandstag. Es galt die Frage zu lösen: „Wie können Erwerbsunfähige Mitglieder bleiben, ohne die Kasse zu sehr zu belasten?“ Ein diesbezüglicher Antrag wurde beschloffen. Einen lehrreichen Vortrag hielt uns Herr Tischendörfer über „Volkssicherungen“. Er zeigte, wie viele Versicherungen mit hohen Prozentsätzen arbeiten und wie dann durch die ungunstigen Bedingungen kleine Leute ihre Beiträge einbüßen. Bei der „Victoria“ verfallen auf diese Weise jährlich 300 000 Polizen kleiner Leute. Der Vortragende empfahl die Düsseldorf-Gesellschaftsbank, eine Versicherung mit wirklich uneigennütigen Sätzen, keiner der an ihr tätigen Beamten darf mehr als 4 Prozent verdienen. Kleine Polizen, auf denen in drei Jahren 36 M. gezahlt sind, können nicht verfallen. Ein Notstandsfonds hilft bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit aus. — In der August-Versammlung freuten wir uns mit den Stolper Kolleginnen über den günstigen Tarifabschluß, und da gerade ein Stolper Mitglied als Gast unter uns weilte, hörten wir aus dessen Munde noch Genaueres. Der unermüdeten Tätigkeit unserer verehrten Hauptvorstehenden auch in dieser Sache wurde gebührend gedacht. — Die Auktion eines Bildes brachte unserer Gruppenkasse 21,05 M. — Mit dem September traten wir nun wieder in die volle Winterarbeit ein. Alle Erholungssuchenden waren zurückgekehrt, auch unsere liebe Vorsitzende, welche uns von neuem anspornte, fleißig zu werden für unsere Organisation, da sie die einzige ist, die für Erhaltung und Gesunderhaltung der Heimarbeit eintritt. Wir haben jetzt das achte Tausend überfahren. Der Verbandstag rückt näher und näher, da gilt es, zu arbeiten und zu werden, damit alles wohlgeht. Nachdem noch alles Geschäftliche erledigt war, hielt uns Frau Lau, Leiterin der 9. Fortbildungsschule, einen sehr wertvollen Vortrag über: „Die Berufswahl unserer Töchter“. Aus der Fülle ihrer Ausführungen sei hervorgehoben, daß die Referentin den Nachdruck darauf legte, gute, umfassende Ausbildung müsse jedes junge Mädchen erstreben, wenn es einmal seinen Platz im Leben behaupten wolle, welchen Beruf es auch ergreife. Nur zu gut verstanden wir Allen dies; denn unter ungenügender Ausbildung haben viele zu leiden, und mancher Märgel wäre unserer Stellung erspart geblieben, wenn alle „ganze“ Arbeit leisten würden. Hoffentlich sind die Ausführungen der verehrten Referentin auf guten Boden gefallen, zum Wohle unserer lieben Jugend!

Halle a. S. Soviel Dank und Freudeklang in unseren letzten Versammlungen für neue Arbeitskraft, welche unsere Sommerfrischlerinnen sich geholt! 18 Mitglieder konnten durch Vermittlung der „Frauenhilfe“ einen mehrwöchentlichen Aufenthalt auf dem Lande in Pfarrhäusern und auf Gütern unentgeltlich genießen. Was gab es da für braungebrannte Gesichter und fröhliche Erzählungen! Das Schönste war aber immer die Liebe, die man bei den fremden Menschen erfahren hatte. Unsere zweite Vorsitzende, die jetzt auf einer alten Kautritterburg im Thüringer Lande zu Gast ist, schreibt, es fehlte nur die gewerkschaftliche Unterhaltung, sonst sei es ebenso schön

wie in Budow; dort war sie nämlich schon dreimal. Nun geht es in fröhlicher Arbeit weiter. Die Gewerbeinspektion hat uns gebeten, ihr bei Durchführung des Hausarbeitgesetzes nach Mäßigkeit behilflich zu sein. Unsere Sekretärin erläuterte deshalb noch einmal die einzelnen Punkte, um welche es sich handelt: Lohnbücher, Lohnlisten, Schwierigkeiten beim Abkassieren, Wohnungskontrolle und Listenführung. An uns sei es jetzt, Sorge zu tragen, daß die in der Heimarbeit bestehenden Mißstände an das Licht kämen, tätige Mitarbeit eines jeden Mitgliedes sei nötig, damit das Hausarbeitgesetz wirklich zu einem Segen werde. — Zum Schluß der Versammlungen hörten wir wieder anregende Vorträge: Ueber die Bestrebungen und Ziele des Diensthilfsvereins, der sich bemüht, der regen, sozialdemokratischen Agitation unter den Hausangestellten entgegenzuarbeiten, sprach die Sekretärin dieses Vereins, und der Rektor der Hilfsschule, ein besonderer Freund unserer Bewegung, erzählte warm und anschaulich von der Arbeit an schwachbegabten Kindern. Er schilderte eingehend, mit welcher Liebe und mit welchem Verständnis für das einzelne Kind in den Hilfsschul-Klassen der noch schlummernde Geist geweckt wird. Ganz besonders interessierte uns der Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Mutter und schwacher Begabung der Kinder: die Mehrzahl der Mütter der Hilfsschulkinder sei in der Fabrik oder auf sonstige Weise den ganzen Tag außerhalb des Hauses beschäftigt, gering nur sei der Prozenttag der Kinder von Heimarbeiterinnen und bei diesen meist ein jämmerlicher Fortschritt zu konstatieren. Wieder einmal ein Beweis für die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Heimarbeit!

Köln. Zu einer Werberversammlung im Juni führte Frl. von Carnap einleitend aus, daß nur durch Zusammenschluß und ernstes, zähes Arbeiten etwas erreicht werden könne. Zur besseren Arbeitseinteilung wurden verschiedene Kommissionen gegründet, u. a. eine Propagandakommission. Der darauf folgende Werbervortrag wies auf die Vorteile und Ziele des Gewerkevereins hin. „Das neue Hausarbeitgesetz wuchs nicht aus der Vereinzeltung, sondern dem Zusammenschluß einer Klasse heraus.“ Ein Bildervortrag von Frau Direktor Reu y machte die Mitglieder mit wichtigen Nusspflanzen bekannt. — Am Montag, den 8. Juli, hielt unsere Gruppe in der Handelsschule ihre übliche Monatsversammlung ab; sie wurde eröffnet und geleitet von der zweiten Vorsitzenden, Frau Meyer. Der Beginn der Versammlungen wurde von 8 auf 8½ Uhr verlegt und um pünktliches Erscheinen und fleißigen Besuch der Versammlungen sowie um eifriges Werben neuer Mitglieder dringend gebeten. Frau Dr. Akenauer machte zunächst einige Mitteilungen aus dem Hauptvorstandsprotokoll, dann wurden durch Umfrage bei den anwesenden Heimarbeiterinnen die in Köln vertretenen Branchen und deren Hochsaison festgestellt. Hieraus wies Frau Dr. Akenauer auf die Tatsache hin, daß neben engem Zusammenschluß eine gute Vorbereitung das beste Mittel zur Erreichung besserer Löhne sei. Wo es Heimarbeit gibt, da gibt es auch gut und schlecht bezahlte. Eine Lohnbewegung ist aber nur möglich, wenn möglichst alle Arbeiterinnen der Organisation angeschlossen sind und von dieser für eine Aufbesserung eingetreten wird. Adressen der in Köln besonders schlecht gestellten Blauzeugnäherinnen können behufs Werbung für den Verein der Vorsitzenden der Werberkommission mitgeteilt werden. Da — wie schon gesagt — gute Arbeit leichter guten Lohn findet, wird zur Teilnahme an Arbeitskurien im Nähen, Zuschneiden, Sticken und Flicken angeregt. Den Schluß der Versammlung bildete die Beratung des Vereinsausfluges. Dieser fand am Sonnabend, den 21. Juli, unter reger Beteiligung der Mitglieder und der im Verein tätigen Mitarbeiterinnen in die Waldungen des Königsforstes statt. An festlich gedeckten Tischen fand sich hernach die Gesellschaft im städtischen Waldhotel zum Kaffee zusammen. Lieber und humoristische Vorträge einzelner Mitglieder trugen zur Hebung der Stimmung bei. Auf der Weise wurden bei Besichtigungen aller Art wie Topfschlagen, Wettlaufen, Scherenschnitten, Korbelesen usw. die Siegerinnen mit hübschen Preisen und Ueberraschungen belohnt. Auch die Kinder gewannen am Glücksrade manch süßen und anderen Preis. So entflohen die Stunden nur allzu schnell, und als man nach nochmaliger kleiner Stärkung den Heimweg antrat, geschah es mit dem lebhaften Wunsch, daß doch jeder Sommer ein solches Fest beschweren möchte.

Leipzig. In der Gruppe Leipzig-Stadt wurden, wie in den beiden anderen Gruppen, im August Karten ausgelegt, die von den Mitgliedern ausgefüllt werden mußten. Es handelte sich um Feststellung der Berufe der Heimarbeiterinnen, ihre Spezialarbeiten usw. — dieses alles zur Erneuerung und Vervollkommnung der Brauchentisten. Die Versammlung eröffnete und leitete die zweite Vorsitzende, Frau Arnold. Nach Verlesung des Protokolles und Erledigung gewerkschaftlicher Fragen

durch die Sekretärin wurde beschlossen, am folgenden Montag nach Jeschwitz einen Ausflug zu unternehmen. Dann las Frau Kint aus „Bunten Bildern aus dem Sachsenlande“ eine gut gewählte Geschichte, die sie den interessierten Mitgliedern wirkungsvoll vorbrachte. In Zwenkau sprach Herr Kartellvorsitzender Kappeler über „Christliche Gewerkschaftsbewegung und den Gewerksverein der Heimarbeiterinnen“. Daß dieses Thema gewählt wurde, war durchaus nötig, denn die Gewerkschaft ist auch hier schon am Werke und hatte es sich nicht versagen können, eine von den Ihren zu schaden. Desto interessanter und lehrreicher gestaltete sich nach dem sehr eingehenden und klaren Vortrag die Diskussion, bis schließlich der bewegte Abend durch die Darbietungen von Fräulein Leonhardt, gut gewählte Lieder, am Klavier begleitet von Herrn Produzenten Gschhardt, stimmungsvoll ausklang. In der Mitgliederversammlung in Zwenkau sprach nach Begrüßung durch die erste Vorsitzende, Frau Dr. Klobberg, die Sekretärin über die Statuten, ging sie mit den Mitgliedern durch, erklärte sie und regte Fragen an. Es erwies sich als sehr notwendig im Interesse der neuzugeworbenen Mitglieder, daß darüber einmal eingehend gesprochen wurde, denn es ist die erste Aufgabe eines jeden Mitgliedes, sich über seine Rechte und Pflichten, über Art und Wirken des Vereins bewußt zu werden, um selbst Uneingeweihte aufklären zu können. Nach der Wahl von Vertrauensfrauen, die demnächst in einer Versammlung zusammenkommen, um in dieser über ihre Tätigkeit unterrichtet zu werden, hielt Frau Athenstädt aus Lindenau einen Vortrag über das Erholungsheim. Die Rednerin war drei Wochen dort gewesen, und wie gut es ihr gefallen haben muß, bewies nicht nur der überraschend schöne und anschaulich ausgearbeitete Vortrag, sondern auch sie selbst mit ihren frischen, roten Wangen. Danach erfreute Frau Athenstädt auch noch durch einige Lieder die Anwesenden, von denen ihr besonders dasjenige in bayerischer Mundart am besten lag. Frau Arnold aus Gruppe Leipzig-Stadt berichtete in humorvoller Weise über die Ausflüge nach Wachsen und Jeschwitz, um sich in Gottes freier Natur neue Kraft und neuen Mut zu holen. Die Beteiligung an beiden Ausflügen war eine sehr rege, ein Beweis also, daß es sich die Mitglieder selbst gern ermöglichen, der Erholung und Ausspannung teilhaftig zu werden. Bei harmlosem Spiel und fröhlichem Sang vergißt man gern einmal die Alltagsorgen, ist mit den Fröhlichen fröhlich, in trauter Gemeinschaft mit gleichgesinnten Schwestern.

Nürnberg. Die Nürnberger Heimarbeiterinnen möchten auch einmal etwas von sich hören lassen. Das Sprichwort „Nürnberger Land geht durch alle Land“ ist weit verbreitet, erblickt man ja doch in Nürnberg den ältesten Sitz der deutschen Spielwarenindustrie. Wenn wir recht berichtet sind, „haben die Holzschneider und Wackelmacher schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine Gewerkschaft in der großen Handelsstadt an der Pegnitz gebildet“. Hier seien wir ein paar von den Sachen genannt, die man in den Nürnberger Musterlagern zu sehen bekommt: Zinnsoldaten, Kanonen, Schottern, Schellen, Schiffe, Eisenbahnen, Pferde und Wagen, magnetisches, fahrendes und rotierendes Spielzeug, Trompeten, Säbel, Dampfmaschinen, Gasmotoren, Phonographen, elektrische Bahnen, Telefone, ganze Postämter, Autos, Flugzeuge usw. Dann Kegel, Croquet- und andere Spiele, Zauberartikel, Puppenstuben, Küchen, Autos- und Fröbel-, Gesellschafts- und Hauspiele usw. Was Wunder, wenn in Nürnberg gerade die Spielwarenindustrie die meisten Heimarbeiterinnen beschäftigt! Trotzdem sind aber in anderen Branchen noch viele Hunderte von fleißigen Heimarbeiterhänden tätig; z. B. arbeiten für Nagelfabrikanten hier mehr als 500 Frauen bei einem Tagesverdienst von 60 bis 80 Pf. — Seit dem 12. März dieses Jahres, wo wir die Freude hatten, Zel. Behm und Fräulein Wolff aus Berlin in unserer Mitte zu sehen, besitzen wir hier eine Ortsgruppe des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands. Zurzeit zählt dieselbe 125 ordentliche und 62 außerordentliche Mitglieder. Durch einige außerordentliche Zuwendungen von Freunden unserer Sache wurden wir schon heuer in den Stand gesetzt, drei sehr erholungsbedürftigen Mitgliedern unserer Ortsgruppe einen 14tägigen Aufenthalt im Waldheim Oberzenn kostenlos zu ermöglichen. Im kommenden Jahre soll 20—25 Mitgliedern die Möglichkeit hierzu geboten werden. — Der Arndt-Verein zur Förderung des Wanderns unter der Volksschuljugend in Nürnberg hat heuer 42 Heimarbeiterinnen Anaben an einer zehntägigen Fußwanderung durch die Frankenslande umsonst teilnehmen lassen. — Möchten doch alle Mitglieder unserer Gruppe dazu beitragen, daß wir in den kommenden Wintermonaten recht bald das zweite Hundert erreichen, um dem erstrebten Ziele immer näher zu kommen.

Wiesbaden. Der Sommer ist vergangen, und mit frischen Kräften geht es, wie überall, so auch in unserer Gruppe an die

Winterarbeit. Davon zeugte der starke Besuch unserer Septemberversammlung, die uns einen sehr lehrreichen, interessanten Vortrag des Herrn Arbeitersekretärs Kramer über die Wahlen zur Ortskrankenkasse brachte, ein besonders zeitgemäßes Thema, da diese Wahlen hier nahe bevorstehen. — Unsere Mitgliederzahl hat erfreulich zugenommen, so daß wir hoffen, in diesem Winter das erste Hundert zu überschreiten. Unsere Jugendabteilung ist so gewachsen, daß der bisherige Versammlungsraum zu klein wird und wir nach einem andern Umschau halten müssen. Aber eine noch wichtigere Sache beschäftigt uns lebhaft: unser geplantes Erholungsheim! Ein ungenannt sein wollender Gönner hat uns einen Bauplatz geschenkt, in den herrlichen Wäldern unseres schönen Taunus an sehr günstiger Stelle gelegen. Ein kleines Kapital ist schon vorhanden, eine Anzahl von Jahresbeiträgen ist gezeichnet, und wenn sich alle noch nötigen Formalitäten glatt erledigen, können wir im nächsten Frühjahr mit dem Bau beginnen.

Die Herrgottsmusikanten der „Titanic“).

Näher, o mein Gott, zu dir —
 Näher — näher — immer näher . . .
 Beigen und Bratschen, der ganze Chor,
 Kapellmeister mit dem feinen Ohr —
 Der Tod steht hinter der Türe! —
 Daß keiner den Takt jezt verliere!
 Die lustigen Leut' sollen untergehn,
 Doch der Herrgott wird ja nach dem Rechten sehn
 Bei seinen Musikanten.

Was kümmert uns der Geiger Tod?
 Wir geigen ja selbst in der letzten Not,
 Und hört uns droben der Herrgott,
 Dann schickt er einen sanftern Tod
 Den lustigen Musikanten.

Ei ja, das Sterben tut bitterweh
 In der Klaffertiefen, eiskalten See. —
 Der läßt sieben Kinder — der da eine Braut,
 Der hat eine Frau. Wie weinte sie laut,
 Als er beim Abschied sie küßte.
 Und der hat zwei alte Eltern.
 Und ich hab' nichts als meinen Hund
 Und die Geige da.
 Doch wir waren gesund
 Und sind stets fröhlich gewesen.

Schweig stille, du Rüter! Bald ist es getan.
 Und nimmt sich Gott des Geigers an,
 Nimmt er den Kerl da nicht allein;
 Wir werden auch droben beisammen sein.

Erbarnt' dich des Schiffes, starker Gott!
 Erbarnt' dich des Schiffes in seiner Not!
 Erbarme dich über uns alle!

Wir geigen sterbend unserm Gott —
 Wir geigen, geigen uns in den Tod!
 Weigend fahren wir in die Tiefe hinab,
 In das schwarzgrüne, schweigende Wellengrab, —
 Durch Meerestiefen in den Himmel hinein,
 Durch Nacht in ewigen Sonnenschein!
 Näher — näher — immer näher —
 Näher, o mein Gott, zu dir!

V. Brockdorff-Ablesfeldt.

*) Als der White-Star-Dampfer „Titanic“ am 15. April d. J. infolge Zusammenstoßes mit einem Eisberg mit dem größten Teil seiner Besatzung und der Passagiere in die Tiefe sank, spielte die Schiffskapelle im letzten Augenblick: „Näher, mein Gott, zu Dir“.

Versammlungsanzeiger.

Gauverband Groß-Berlin. 29. Oktober, 6 Uhr, Köpenicker Str. 96/97 bei Kessler, Stiftungsfest.

Berlin-Moabit. 14. Oktober, 11. November, 1/8 Uhr, Arminius-hallen, Bremer Straße 72-73.

Berlin-Nord. 14. Oktober, 11. November, 1/8 Uhr, Bernauer Str. 4.

Berlin-Nordost. 1. Oktober, 5. November, 1/8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Querg. 11.

Berlin-Ost. 7. Oktober, 4. November, 1/8 Uhr, Große Frankfurter Straße 11, Hof 1.

Berlin-Süd. 1. Oktober, 5. November, 1/8 Uhr, Johannistisch 6, großer Saal.

Berlin-Südost. 15. Oktober, 19. November, 8 Uhr, Lausitzer Str. 9, Stfl. r. 1.

Berlin-Wedding. 21. Oktober, 18. November, 8 Uhr, Alte Nazareth-fische, Schulstraße.

Berlin-West. 14. Oktober, 11. November, 1/8 Uhr, Kossendorffstr. 41, 5. pt.

Bielefeld. 9. Oktober, 13. November, 8 Uhr, im Saal des alten Rathauses.

Breslau-Nord. 7. Oktober, 4. November, 8 Uhr, Wastelgasse 7.

Breslau-Süd. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Herrenstr. 21-22.

Bromberg. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Neue Volkshäuser am Dam-von-Bensern-Platz.

Charlottenburg. 28. Oktober, 25. November, 8 Uhr, Jugendheim, Goethestr. 22.

Cöpenick. 17. Oktober, 21. November, 8 Uhr, 6. Gemeindefschule, Borgmannstraße.

Danzig. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Weststr. Gewerbehalle.

Darmstadt. 4. Oktober, 1. November, 8 Uhr, Stifflstr. 47.

Dirschau. 9. Oktober, 13. November, 8 Uhr, Vereinshaus, Somborstr.

Dresden-Albstadt. 15. Oktober, 19. November, 1/8 Uhr, Am See 3, pt.

Dresden-Neustadt. 1. Oktober, 5. November, 1/8 Uhr, Glacisstr. 3.

Dresden-Nieschen. 8. Oktober, 12. November, 8 Uhr, Concordienstraße 4.

Dresden-Striesen. 20. Oktober, 26. November, 8 Uhr, „Kaiser Barbarossa“, Rhythäuserstraße.

Düsseldorf. 2. Oktober, 6. November, 8 Uhr, Paulushaus, Eingang Jahnstraße.

Elbing. 7. Oktober, 4. November, 8 Uhr, Erholungsheim.

Erfurt. 7., 21. Oktober, 4., 18. November, 8 Uhr, Allerheiligens-straße 10, Vereinshaus.

Essen. 31. Oktober, 28. November, 8 Uhr, Burgfeldstr. 2 bei Selgener.

Frankfurt a. M. 2. Oktober, 6. November, 8 1/2 Uhr, Wielckstr. 40.

Friedrichshagen. 15. Oktober, 19. November, 8 Uhr, Aula der Gemeindefschule, Wilhelmstraße 44.

Harth. 7. Oktober, 4. November, 8 Uhr, Arbeiterinnenheim, Oststr. 5.

H. Gladbach. 2. Oktober, 6. November, 8 Uhr, Tahlener Straße, Gefellenshaus.

Hriedheim. 18. Oktober, 15. November, 8 1/2 Uhr, Kleinkinderfchule, Schulstraße.

Halle-Nord. 2. Oktober, 6. November, 1/8 Uhr, Albrechtstr. 27.

Halle-Süd. 7. Oktober, 4. November, 1/8 Uhr, Mauerstr. 7, Herberge zur Heimat.

Hamburg-Stadt. 8. Oktober, 12. November, 8 Uhr, Curio-Paus, Rotenbaum-Chaussee 15.

Hamburg-Harstedt. 8. Oktober, 12. November, 8 Uhr, Friedrich-niftung, Parschnerstraße 36.

Hamburg-Gimsbüttel. 8. Oktober, 12. November, 8 Uhr, Vereins-saal, Am Weiler 29.

Hamburg-Hammerbrook. 1. Oktober, 5. November, 8 Uhr, Hammer-brookstraße 88, 1.

Hamburg-Wilhelmsburg. 3. Oktober, 7. November, 8 Uhr, Har-burger Chaussee 76, bei Schulte.

Hamburg-Winterhude. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Elfenheim, Wokmoorweg 33.

Hannover. 21. Oktober, 8 Uhr, Nordstädter Gesellschaftshaus, Oberstraße 8. Am 14. November, 7 Uhr, Linden-Lindenhof, Stiftungsfest.

Hardt. 6. Oktober bei Konrad Zerresen.

Hassel. 10. Oktob r, 14. November, 1/8 Uhr, Altes Rathaus, Obere Karlstraße 12.

Hln. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Handelsrealschule, Hansa-ring 88.

Hln-Rail. 23. Oktober, 20. November, 9 Uhr, Rail, Vereinshaus.

Hilgshberg i. Br. 21. Oktober, 18. November, 8 Uhr, Deutsche Kessource, Kaiserfaal, Jägerhoffstraße.

Hilgshberg i. Br.-Haberberg. 2. Oktober, 6. November, 8 Uhr, Roggenstraße 151.

Hölin. 1. Oktober, 5. November, 8 Uhr, Gemeindefhaus, Kleiner Saal, Sulagenstraße 1.

Leipzig-Stadt. 7. Oktober, 4. Nov., 1/8 Uhr, Johannisplatz 3, Hof 1.

Leipzig-Bindenau. 9. Oktober, 13. November, 8 Uhr, Grüne Eiche, Demmeringstraße.

Leipzig-Zwenkau. 4. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Rathausaal, Bissa i. Rosen. 25. Oktober, 29. November, 1/8 Uhr, Musikaal des Lehrerinnen-Seminars.

Magdeburg. 10. Oktober, 14. November, 8 Uhr, Richards Festfale, Apfelstraße.

München. 13. Oktober, 17. November, 8 Uhr, Leopoldstadt, Gene-felberstr. 11.

Meiße. 10. Oktober, 14. November, 8 Uhr, Rath. Vereinshaus.

Neuenhagen. 14. Oktober, 11. November, 7 Uhr, bei Reimann, Schweitzerhaus.

Neuk. 10. Oktober, 14. November, 8 1/2 Uhr, Jugendheim, „Fortitudo“.

Neulölin. 28. Oktober, 25. November, 8 Uhr, Bürgerfale, Bergstr. 147.

Nordhausen. 2. Oktober, 6. November, 8 1/2 Uhr, Dom-Restaurant Dornstraße 19.

Nürnberg-Johannis. 10. Oktober, 14. November, 8 Uhr, Kinderfchule.

Nürnberg-Gostenhof. 2. Oktober, 6. November, 8 Uhr, Kern-straße 9, I. Sts.

Nürnberg-Schweinau. 9. Oktober, 13. November, 8 Uhr, Kellenstr. 2.

Nürnberg-Steinbühl. 7. Oktober, 4. November, 8 Uhr, Sudbrunstr.

Pankow. 2. Oktober, 6. November, 8 Uhr, Restaurant zum Kur-fürsten, Berliner Str. 102.

Pofen. 21. Oktober, 18. November, 1/8 Uhr, Vereinshaus vor dem Berliner Tor.

Potsdam. 8. Oktober, 12. November, 8 Uhr, Jünglingsverein, Junferstr. 15.

Regensburg. 14. Oktober, 8 Uhr, Jakobinerfchente, 11. November, 8 Uhr, Stadthof in der „Eisernen Birn“.

Reutlingen-Württemberg. 14. Oktober, 11. November, 1/8 Uhr, Vereinshaus, Nepperstraße.

Rummelsburg. 21. Oktober, 18. November, 8 Uhr, Gemeindefhaus, Prinz-Albert-Straße 59.

Schwandheim. 14. Oktober, 11. November, 8 1/2 Uhr, „Junggrünenbaum“.

Stettin. 7. Oktober, 4. November, 8 Uhr, Elisabethstr. 53.

Stolz. 7. Oktober, 4. November, 8 Uhr, Aula der Höh. Lögterfchule.

Stuttgart-Stadt. 2. Oktober, 6. November, 1/8 Uhr, Höhe Str. 11.

Stuttgart-Untertang. 3. Oktober, 7. November, 8 1/2 Uhr, Gasthaus „Traube“.

Stuttgart-Gaunflatt. 7. Oktober, 4. November, 1/8 Uhr, Herberge zur Heimat, Karlstraße.

Stuttgart-Ostheim. 8. Oktober, 12. November, 1/8 Uhr, Kaffee-haus Ostend, Ostendstraße 83.

Weifenfeter. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Gemeindefhaus am Kirchplatz.

Wiesbaden. 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Dranienstr. 53.

Abermals sind drei treue Mitglieder von uns geschieden!

In Gruppe **Berlin-Nord** starb am 7. September 1912 an Lungenleiden unser liebes Mitglied

Frau Margarete Neumann, geb. von Woedtke,
geboren am 10. Oktober 1880 in Berlin.

In Gruppe **Berlin-Süd** starb am 17. August 1912 an Darmkrebs unser liebes Mitglied

Witwe Ida Müller, geb. Großkopf,
geboren am 5. August 1850 in Berlin.

In Gruppe **Stolz i. Voimm.** starb am 26. August 1912 an Lungenleiden unser liebes Mitglied

Frau Martha Lindstaedt, geb. Dobranz,
geboren am 30. Oktober 1872 in Stolz.

Inhalt: Singebild. — Die Zeit Magas Clause und ihr Wirken und Reichwirken in England. — **Veranstaltung:** Erhebungen zur Durchführung des Hausarbeitgesetzes. — **Veranstaltung:** Der erste weibliche Schreibergeselle. — Aus der Sitzung der Heimarbeit-Kommission. — **Veranstaltung:** Die christlich-nationalen Arbeitervereine für die Errichtung von Landfrauenkassen eintraten. — **Unsere anderen Verbände:** Der Zentralverein für Arbeiterinnen-Interessen. (Vortrag: Julius) Bericht und Bestehensvermittlung in Berlin. — Zum Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911. — Der christliche Schneiderverband. — **Unsere Bewegung:** Hauptversammlung. — Hauptversammlung. — Altersheim für Heimarbeiterinnen. Gruppenberichte. — Bericht. — **Veranstaltungskalendar:** — **Zobekanzler:**